

Die Aufgaben der Christen im Staat

Professor Carl Barth sprach in Berlin

NZ Berlin, 19. Juli

Professor Carl Barth, der große Schweizer Theologe, und als Bonner Universitätsprofessor einer der stärksten Antipoden des Hitlerregimes, war in Berlin. Nachdem Professor Barth schon am Vormittag in der Marienkirche über „Christliche Ethik“ gesprochen hatte, schloß er seinen Berliner Besuch am Donnerstag mit einem grundlegenden Vortrag über „Christengemeinde und Brüdergemeinde“ in der Zwölf-Apostel-Kirche ab.

Die Atmosphäre des Weltweiten, Uebernationalen der Oekumene, äußerlich durch viele ausländische Gäste dokumentiert, fand nach den Begrüßungsworten des Dekans der Berliner Theologischen Fakultät Professor Eltester, in Professor Thurneysens Referat „Einheit der Kirche“ seine Bestätigung im Geistigen. „Diese Einheit ist nicht taktisch, sondern faktisch“, stellte der Schweizer Theologe fest. Sie liege im überindividuellen Wesen der Kirche begründet und sei nur durch die Abkehr von Gott zerrissen worden. Oekumene bedeute „Weg zur Mitte“, zu Christus, Wiederherstellung dieser Einheit in der Realität, nicht nur in der Idee Ueber Differenzen hinweg (wie sie zwischen der katholischen und evangelischen Kirche noch herrschen), die man klar sehen müsse, könne eine verwandelte Gemeinschaft erkämpft werden.

Den klaren Kreis, den Professor Thurneysen mit seinen Worten umzogen hatte, weitete Professor Barth ins Politische. Er stellte die geistige Gemeinschaft der Christen der politischen Gemeinschaft der Bürger im Staate gegenüber und deutete damit die Gefahren an, der beide Ordnungen ausgesetzt sind: die Verabsolutierung, die Macht und Gewaltanwendung, die Hybris. Die Christengemeinde sieht im Staat — wie er auch sei, eine „Ordnung der Gnade Gottes inmitten der gottfernen Welt“. Sie sieht damit auch den Staatsdienst als Gottesdienst an. Ist es doch die Aufgabe der Christengemeinde, verantwortlich in der Politik mitzuwirken. Das Gebet, die Ruhe der Gottgeborgenheit und der Glaube an den Menschen als „ganz und gar gerichtetes und gerettetes Wesen“ helfen auf diesem Wege. Nötig sei eine gradlinige Entscheidung in allen Fragen, ein klares Ja oder Nein. Die Christengemeinde vertritt die gleichen Rechte des einzelnen, den Rechtsstaat gegenüber der Tyrannei, geteilte Gewalt und Öffentlichkeit der Gesetze und des

Wortes. Den Kranken und Schwachen verspricht sie Hilfe. Sie verneint aus dem Geiste der Oekumene heraus alle Lokal-, Regional- und Nationalpolitik. Sie lehnt die Gewalt als politisches Mittel ab.

Wie aber soll diese Politik nun praktisch verwirklicht werden? Sie soll — nach Barth — nicht Aufgabe einer Partei sein. Die Kirche müsse durch Predigt, Proklamation, Buße und Reformation und durch entschlossene Haltung einzelner wirken. Gut! Aber wie dann weiter? Wie die christliche Forderung an die Politik ohne das politische Mittel verwirklichen? Haben uns Millionen einzelner Christen

gegen das Hitlerregime geholfen? Sieht hier Prof. Barth die Dinge nicht zu sehr von seinem Schweizer Standpunkt? Eine christliche Partei in Deutschland verflucht ja nicht die religiösen Aufgaben bestimmter kirchlicher Gruppen — sie will im politischen Raume eine Politik christlichen Gewissens verwirklichen, die aus der Wiederbelebung des Christlichen, das in Deutschland für das öffentliche Leben fast versunken war, auch dem Politischen seine sittliche, seine christliche Erfüllung gibt. Dazu sollen sich die Christen aller Konfessionen auch im politischen Leben die Hände reichen. Wie aber geht das anders als über eine Partei, die entschlossen ist, diese Grundsätze nicht nur zu ehren, anzuerkennen und zu schätzen, sondern sie im öffentlichen Leben wahr zu machen — was in Deutschland die Union sich zur Aufgabe gesetzt hat.

D. D.